## Inhaltsverzeichnis

VorwortV
AbkürzungsverzeichnisXVII
Erster Teil: Einleitung
Einleitung und sachliche Grundlegung
A) Problemstellung
B) Methoden und Fragestellungen
C) Darstellungsweise
D) Forschungsstand
ZWEITER TEIL:
KODIFIZIERUNG DES COMPUTERSTRAFRECHTS
Erstes Kapitel: Technisch-phänomenologische Grundlegung
A) Zentrale Entwicklungsetappen der Computertechnik
I. Anstieg der Abhängigkeit von der Technik
II. Einstellungswandel gegenüber der Technik
III. Veränderungen beim Täterkreis
B) Angriffsziele
I. Computerspionage
II. Datenveränderung
III. Computersabotage
IV. Verwendung des Hacking zur Tatbegehung
C) Charakteristika der Computerkriminalität
Zweites Kapitel: Legislatorische Grundlegung – das Zweite Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität 48
A) Vorarbeiten
I. Erste Einschätzungsergebnisse des Bundesministeriums der Justiz
II. Die Positionierung der Sachverständigenkommission



		l.	Computerspionage	. 54
		2.	Computersabotage	. 55
		3.	Zeitdiebstahl	. 57
B)	Gese	etzg	ebungsverfahren zum 2. WiKG	. 58
	I.	Be	ratungsergebnisse des Rechtsausschusses vom 6. Juni 1984	60
		1.	Phänomenologische Besonderheiten der Computerkriminalität	. 60
		2.	Entwicklungstendenzen	. 63
		3.	Überlegungen zu präventiven Ansätzen	. 67
		4.	Reformansätze für die Implementierung eines Computerstrafrechts	. 68
			a) Computerspionage	. 70
			b) Computersabotage	. 71
			c) Zeitdiebstahl	. 72
		5.	Ausblick	. 72
		6.	Zusammenfassung	. 73
	II.	Di	skussionsschwerpunkte der folgenden Beratungen	. 73
		1.	Computerspionage	. 74
			a) Kodifizierung von Begriffsdefinitionen	. 75
			b) Das Erfordernis der besonderen Sicherung	. 77
			c) Die Höhe des Strafrahmens	. 78
			d) Die Ausgestaltung als Antragsdelikt	. 79
			e) Zwischenergebnis zur tatbestandlichen Fassung des § 202a	. 79
			f) Positionierung zum Hacking	. 79
		2.	Computersabotage	. 84
			a) Erhöhung des Strafrahmens	. 85
			b) Zum Erfordernis des Tatbestandsmerkmals "fremd"	. 86
		3.	Zeitdiebstahl	. 88
	III.	Ве	schlussempfehlung des Rechtsausschusses	. 88

		Inhaltsverzeichnis	IX
C)	Zusa	mmenfassung	90
	I.	Inhalt und Motive für die Einführung des § 202a i.d.F. des 2. WiKG	90
	II.	Inhalt und Motive für die Einführung des § 303a i.d.F. des 2. WiKG	92
	III.	Inhalt und Motive für die Einführung des § 303b i.d.F. des 2. WiKG	94
D)	Resi	imee	96
		DRITTER TEIL:	
		KODIFIZIERUNG DES INTERNETSTRAFRECHTS	
Dritte	s Kap	itel: Technisch-phänomenologische Grundlegung1	01
A)	Die	Entwicklung des Internets	102
	I.	Wandel vom militärischen zum wissenschaftlichen Netzwerk 1	102
	II.	Von der passiven Kopplung zum interaktiven Datenaustausch	08
	III.	Übergang vom Wissensspeicher zum Kommunikationsmedium	110
	IV.	Phase des sog. Internetting	111
	V.	Zusammenschluss zum "Netz der Netze" 1	16
	VI.	Wandel zum Massenmedium	19
	VII.	Zusammenfassung	121
B)	Zent	rale Risikofaktoren 1	123
	I.	Datenübertragungstechnik als struktureller Risikofaktor	123
	II.	Risikofaktor Software	127
	III.	Anwender als personelle Risikofaktoren	130
C)	Phär	nomenologische Besonderheiten der Internetkriminalität 1	132
	I.	Internetkriminalität	132
	II.	Gefährdete Interessen	133
		1. Vertraulichkeitsverletzungen	34

2. Beeinträchtigungen der Integrität und Verfügbarkeit...... 140

		3. Zusammentassung 145
	III.	Empirisch-kriminologische Charakteristika
	IV.	Zusammenfassung
Viertes	Кар	oitel: Initiativen des Europarates156
A)	Die 1	Empfehlung Nr. R (89) 9 vom 13. September 1989 157
	I.	Die Bewertung der Ausgangssituation
	II.	Allgemeine Ausführungen zur Ausgestaltung der Empfehlung 159
	III.	Materiell-rechtliche Vorgaben der Empfehlung 161
		1. Unbefugter Zugang
		2. Unberechtigtes Abfangen von Daten
		3. Beeinträchtigung von Computerdaten und -programmen 164
		4. Eingriffe in Computersysteme
		5. Ergänzende Ausführungen
B)	Die	Convention on Cybercrime vom 23. November 2001 168
	I.	Allgemeine Ausführungen zum Regelungsgegenstand der Konvention
	II.	Grundlegende Begriffsbestimmungen
	III.	Materiell-rechtliche Vorgaben zu den sog. CIA-Delikten 176
		1. Rechtswidriger Zugang gem. Art. 2 CCC
		2. Rechtswidriges Abfangen gem. Art. 3 CCC
		3. Eingriff in Daten gem. Art. 4 CCC
		4. Eingriff in ein System gem. Art. 5 CCC
		5. Missbrauch von Vorrichtungen gem. Art. 6 CCC 184
		6. Weitergehende Vorgaben
	IV.	Ausblick zum Anpassungsbedarf für das deutsche Strafrecht 186
	V.	Die Bedeutung und Tragweite der Konvention 187
Fünftes	s Kap	oitel: Initiativen der Europäischen Union191
A)	Die 6	erste strafrechtliche Harmonisierungswelle
B)	Die 2	zweite Phase der Strafrechtsharmonisierung

	I.	Frühere Aktivitäten der Kommission	96
	II.	Die Erarbeitung des Kommissionsvorschlags	97
	III.	Inhalt des Kommissionsvorschlags vom 19. April 2002	98
		1. Allgemeine Begriffsbestimmungen in Art. 2 des RB 20	00
		2. Materiell-rechtliche Vorgaben zu den CIA-Delikten 20	02
	IV.	Stellungnahmen der Ausschüsse des Europäischen Parlaments 20	05
		1. Ergänzungsvorschläge der Ausschüsse	06
		2. Begründungen zu den Stellungnahmen	09
	V.	Die Fortsetzung des Verfahrens im Rat der Europäischen Union	10
C)	Die i	inhaltliche Ausgestaltung der Schlussfassung21	11
	I.	Änderungen bei den Begründungserwägungen21	11
	II.	Änderungen zu den Begriffsbestimmungen in Art. 1 des RB 21	12
	III.	Anpassungen bei der Computerspionage in Art. 2 des RB 21	13
	IV.	Neuerungen zur Computersabotage in Art. 3 des RB	14
	V.	Gesonderte Kodifizierung der Datenveränderung in Art. 4 des RB	15
	VI.	Änderungen bei der Versuchsstrafbarkeit in Art. 5 des RB 21	16
	VII.	Vorgaben zum Strafrahmen in Art. 6 und Art. 7 des RB 21	16
	VIII.	Sonstige Anpassungen	19
	IX.	Zusammenfassung der grundlegenden Änderungsansätze des Rates	19
D)	Die l	Rechtswirkung des Rahmenbeschlusses 2005/222/JI22	20
E)		mmenfassende Beurteilung der Kennzeichen der ten Phase der Strafrechtsharmonisierung22	24
F)	Die o	dritte Phase der Strafrechtsharmonisierung22	25
	I.	Strukturell bedingte Interessenlage der klagenden Kommission 22	26
	II.	Inhalt des EuGH-Urteils in der Rs. C-176/03	27
	III.	Zusammenfassung zur Rs. C-176/03	30
	IV	Reaktionen auf das Urteil	30

		1. Mitteilung der Kommission vom 23. November 2005 230
		2. Die Bewertung durch das Europäische Parlament
		3. Die Stellungnahme des Bundesrates vom 10. Februar 2006
		4. Reaktion des EuGH im Urteil zur Rs. C-440/05
	V.	Bedeutung der EuGH-Rechtsprechung für die dritte Welle der Strafrechtsharmonisierung
G)		neinsamkeiten und Unterschiede zwischen der vention on Cybercrime und dem Rahmenbeschluss
	I.	Mindestvorgaben hinsichtlich der Grundtermini gem. Art. 1 CCC und Art. 1 des RB
	II.	Computerspionage gem. Art. 2 CCC und Art. 2 des RB 239
	III.	Datenveränderung gem. Art. 4 CCC und Art. 4 des RB 240
	IV.	Computersabotage gem. Art. 5 CCC und Art. 3 des RB 240
	V.	Versuch, Beihilfe und Anstiftung gem. Art. 11 CCC und Art. 5 des RB
	VI.	Sanktionen gem. Art. 13 CCC und Art. 6 und 7 des RB 241
Sechst	es Ka	pitel: Bewertung der bisherigen Strafrechtsharmonisierung 242
A)	Insti	tutionelle Weiterentwicklung
B)	Fort	entwicklung der verwendeten Rechtsakte244
C)	Noty	wendigkeit einer europäischen Strafrechtsharmonisierung 245
D)	Die	thematische Begrenzung der Strafrechtsangleichung249
E)	Verf	ahrensbezogene Kritik zum Erlass konkreter Rechtsakte 254
F)	Kriti	k an der inhaltlichen Ausgestaltung der erlassenen Rechtsakte 257
		apitel: Die Umsetzung der europa- und völkerrechtlichen en in nationales Recht263
A)		41. Strafrechtsänderungsgesetz zur Bekämpfung der puterkriminalität vom 7. August 2007
	I.	Inhalt des 41. Strafrechtsänderungsgesetzes
		1. Bezugnahme auf die europäischen Begriffsdefinitionen 265
		2. Anpassungen im Bereich der Computerspionage

	3. Hauptkritikpunkte in der parlamentarischen Diskussion 270
	4. Kodifizierung des § 202b n.F. über das Abfangen von Daten
	5. Geäußerte Kritik zur Neuaufnahme des § 202b
	6. Die Pönalisierung von Vorbereitungshandlungen durch § 202c-E
	7. Die parlamentarische Debatte zu § 202c-E
	a) Kritik zur Reichweite des § 202c Abs. 1 Nr. 2-E 280
	b) Kritische Äußerungen zur Fallgruppe des sog. Phishing287
	c) Stellungnahme des Rechtsausschusses
	d) Änderungsantrag einzelner Abgeordneter und der Fraktion der Linken vom 23. Mai 2007
	e) Zusammenfassung zur Reichweite des Art. 202c-E 292
	8. Erste Reaktionen zur Reichweite des § 202c in der Strafrechtspraxis
	a) Handhabung durch die Staatsanwaltschaft 293
	b) Nichtannahmebeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Mai 2009
	c) Stellungnahmen in der Literatur
	9. Antragserfordernis
	10. Vorgaben zur Datenveränderung und Computersabotage 298
	11. Kritische Stellungnahmen zur Novellierung durch §§ 303a-E und 303b-E
	a) Einwände gegen die Anpassung des § 303a a.F 302
	b) Kritik an der Ausgestaltung des § 303b-E
	c) Änderungsantrag einzelner Abgeordneter und der Fraktion der Linken zu § 303b-E
	12. Sonstige Kritikpunkte
II.	Die Beurteilung durch die Kommission
	1. Grundlegende Kritikpunkte
	2. Begrüßende Ausführungen im Schlussbericht

B)	Das	Vertragsgesetz zur Convention on Cybercrime	310
C)	Zusa	ammenfassung zur Umsetzung	312
Achtes	Кар	itel: Die Richtlinie 2013/40/EU vom 12. August 2013	315
A)	Die	vierte Harmonisierungswelle nach dem Vertrag von Lissabon	315
B)	Die	Richtlinie 2013/40/EU vom 12. August 2013	318
	I.	Phänomenologische Veränderungen	318
	II.	Zentrale Anknüpfungspunkte des Reformvorhabens	322
	III.	Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens durch die Kommission	328
	IV.	Überarbeitung des Kommissionsvorschlags im Rat	329
	V.	Zentrale Gestaltungsvorschläge	332
	VI.	Die Erarbeitung der Schlussfassung durch das Parlament	336
		1. Änderungsvorschläge zu den vorangestellten Erwägungen	338
		2. Überarbeitung der materiell-rechtlichen Vorgaben	345
	VII.	Inhalt der Richtlinie – Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu den bisherigen Harmonisierungsvorschriften	351
		1. Gegenstand und Erwägungen für den Erlass der Richtlinie	351
		2. Begriffsbestimmungen gem. Art. 2 der RL	353
		3. Computerspionage gem. Art. 3 der RL	354
		4. Computersabotage und Datenveränderung gem. Art. 4 und 5 der RL	355
		5. Neuaufnahme des rechtwidrigen Abfangens gem. Art. 6 der RL	356
		6. Aufnahme der Vorfeldstrafbarkeit in Art. 7 der RL	356
		7. Vorgaben zu Anstiftung, Beihilfe und Versuch gem. Art. 8 der RL	358
		8. Anhebung des Strafrahmens gem. Art. 9 der RL	358
		9. Formelle Vorgaben in Art. 15 bis 19 der RL	360
C)	71100	ammenfacciing	361

Neunt	es Ka	ipitel: Umsetzung der Richtlinienvorgaben	
in	inner	deutsches Recht	363
A)	Stra	fbarkeit der Datenhehlerei gem. § 202d StGB	363
B)	Kor	ruptionsbekämpfungsgesetz	367
C)	Ges	etzentwurf zum "digitalen Hausfriedensbruch"	372
	I.	Anknüpfungspunkt und Zielstellung des Entwurfs	373
	II.	Schutzlücken de lege lata	375
	III.	Schutzlücken bei der Strafverfolgung	380
	IV.	Stellungnahmen zum Strafrechtsschutz de lege ferenda	382
		1. Grundtatbestand, § 202e Abs. 1 StGB-E	382
		a) Zugang, § 202e Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StGB-E	382
		b) Gebrauchsrecht, § 202e Abs. 1 S. 1 Nr. 2 StGB-E	385
		c) Beeinflussen oder Ingangsetzen, § 202e Abs. 1 S. 1 Nr. 3 StGB-E	386
		2. Erhöhte Strafandrohung	387
		3. Versuchsstrafbarkeit und prozessuale Einkleidung	390
	V.	Stellungnahmen zur Schutzrichtung	390
	VI.	Zusammenfassung	395
	VII.	Alternativen	396
		VIERTER TEIL	
Zehnte	es Ka	pitel: Würdigung	401
		nnisch-phänomenologische Grundlegung	
	Legi	islatorische Grundlegung – Kodifizierung des nputerstrafrechts durch das 2. WiKG	
C)	und	ammenhang zwischen der technischen Weiterentwicklung der Verlagerung gesetzgeberischer Initiativen in den mationalen Raum	406
D)		ker- und europarechtliche Angleichungsbemühungen	
	I.	Convention on Cybercrime des Europarates	,
		•	100

W	T.	71	r
ж	v	4	ı

## Inhaltsverzeichnis

I itoraturvo	rzajohnis	462
Quellenver	zeichnis	423
	ANHANG	
E) Abs	chließende Würdigung	418
IV.	Richtlinie 2013/40/EU vom 12. August 2013 und ihre Umsetzung	414
III.	Die Umsetzung in nationales Strafrecht	412
II.	Der Rahmenbeschluss 2005/222/JI des Rates vom 24. Februar 2005	410